



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Bern



## Medienkonferenz vom 21. Oktober 2013

Jan Remund, Vize-Präsident Grüne Kanton Bern

### Ja zu Versorgungssicherheit und erneuerbaren Energien

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren

Als erstes noch ein Wort zu den erneuerbaren Energien. Es ist richtig, dass auch der Kostenzuschlag für die KEV (kostendeckende Einspeisevergütung) angestiegen ist, 2013 von 0,45 auf 0,6 Rp/kWh. Aber die Strompreise in der Schweiz sind in den letzten 15 Jahren gesunken und nicht gestiegen. Die Leistungen für die neuen erneuerbaren Energien machen einen sehr kleinen Teil der Kosten aus und die KEV (im nahen Ausland und der Schweiz) hat indirekt dazu geführt, dass die Grosshandelspreise um rund 1 Rp/kWh sanken und weiter sinken werden.

Dank der kostendeckenden Vergütung erhalten die Strombezüger etwas Reales, das sich inhaltlich sehr stark vom KKM unterscheidet:

Die KEV finanziert sauberen Strom aus *neuen* Anlagen. Aufgrund der technischen Daten wissen wir, dass diese Anlagen mit erneuerbaren Energien im Laufe ihrer technischen Lebenserwartung die Strompreise verbilligen, indem sie teurere Kraftwerke – zum Beispiel teure Gaskraftwerke oder neue Atomkraftwerke – substituieren und aus dem Markt drängen. Nicht die Subventionen führen zur Senkung der Preise, sondern die Tatsache, wie der Markt organisiert ist und dass Sonne, und Wind und Regen gratis sind und deren Stromerzeugung sehr tiefe variable Kosten aufweisen.

Wir wissen von der Wasserkraft, dass Kraftwerke mit erneuerbaren Energien im Zeitablauf dazu tendieren, immer kostengünstiger zu werden („Goldenes Ende“). Das gilt auch für die Windenergie und die Photovoltaik, die ebenfalls tiefe Betriebskosten aufweisen (rund 1.5-4 Rp/kWh).

Bei den alten Atomkraftwerken ist ein solches Goldenes Ende nicht zu erwarten. Aus Gründen der Alterung nehmen die Häufigkeit von Reparaturen und die Stillstandzeiten zu. Deshalb sind seit Fukushima in den USA ein halbes Dutzend Reaktoren geschlossen worden, und weitere Schliessungen stehen bevor. In San Onofre (Kalifornien) und in Florida wurden alte Atomkraftwerke erst geschlossen, nachdem teure Nachrüstungen nicht zum Ziel führten. Beim KKM bestehen dieselben Risiken: Immense Kosten und Aussicht auf immer neue Nachrüstungen, die niemals echte Sicherheit gewährleisten.

Die kleinen Kunden sollen nicht alleine für die Fehler der Grosskonzerne haften, und sie sollen die Möglichkeit erhalten, zu einem Anbieter mit sauberem Strom zu wechseln, ohne allfällige neue Fehlinvestitionen der BKW tragen zu müssen.

Die BKW hat im Juli 2013 eine weitere Preiserhöhung angekündigt. Ihre Tarife liegen im schweizerischen Quervergleich heute schon überdurchschnittlich hoch.

Wie Frau Stalder bereits ausgeführt hat, lässt es das geltende Recht seit März 2013 zu, dass den gebundenen Kundinnen und Kunden Gestehungskosten von Kraftwerken verrechnet werden, selbst wenn diese weit über dem Marktpreis liegen. Diese Klausel in der Stromversorgungsverordnung (StromVV) ermöglicht es der BKW, risikoreiche Nachrüstungen durchzuführen, da sie die Mehrkosten auf die Kunden überwälzen kann. Betroffen davon sind insbesondere Mieterinnen und Mieter, weil sie die Höhe der Nebenkosten nur zu einem kleinen Teil selber beeinflussen können, aber auch Hauseigentümer und Gewerbetreibende, die weniger als 100'000 kWh Strom pro Jahr verbrauchen.

Die Frage stellt sich deshalb, ob die alten Atomkraftwerke angesichts ihrer hohen Kosten im Sinne der Gesetzgebung noch effizient operieren. Dies soll die EICom prüfen.

Es ist bekannt, dass der Widerstand in der Bevölkerung gegen den weiteren Betrieb der alten Kernkraftwerke seit Fukushima beträchtlich ist. Statt die Werke zu schliessen, hat das ENSI meistens verharmlost und auf Zeit gespielt. Statt wie in den EU-Stresstests formuliert bis 2015 die Redundanz der Sicherheitssysteme zu verbessern, ist in der Verfügung vom Dezember 2012 von einer Schliessung des KKM im Jahr 2017 die Rede; nun wird in den Medien bereits von 2019 gesprochen. Die Leidtragenden dieser willfährigen Politik auf Kosten der Sicherheit ist die Bevölkerung, die vor Unfällen nicht geschützt wird.

Ein über 40-jähriges unwirtschaftliches Atomkraftwerk, das den Ansprüchen an die Sicherheit nicht genügt, sollte man unverzüglich schliessen. Die Probleme mit dem Kernmantel, die Risse im Reaktordruckbehälter, die fehlende Redundanz der Kühlsysteme und die fehlende Erdbebensicherheit sind seit Jahren bekannt. Und nun zeigt sich, dass alle nötigen Nachrüstungen, die diskutiert werden, das Werk noch unrentabler machen, als es heute schon ist.

Der ehemalige Chef der deutschen Atomaufsicht, Dieter Majer, schrieb in der NZZ am Sonntag vom 23. Juni 2013: *„Der Siedewasserreaktor in Mühleberg ist ein Reaktor, dessen Weiterbetrieb schon allein aus konzeptionellen Gründen fragwürdig ist. Er entspricht in seiner Bauart im Wesentlichen den Anlagen in Fukushima, weist klare sicherheitstechnische Nachteile auf und ist besonders rissanfällig. Der ähnliche Reaktor Würgassen in Deutschland wurde aus diesen Gründen im April 1997 stillgelegt.“*

Die Stilllegung des KKM ist deshalb nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen angesagt. Wenn wir uns hier gegen die Mehrkosten der KKM Mühleberg zur Wehr setzen, dann gilt dies stellvertretend auch für die anderen Atomkraftwerke und die vielen Kundinnen und Kunden, deren Elektrizitätswerke mit Nachrüstungen bei hochbetagten Atomkraftwerken die Strompreise verteuern.

Die Beschaffung am Markt zu Kosten von nur 5 Rp/kWh wäre viel günstiger. Dann wäre zudem auch der Weg frei, um endlich Investitionen in die erneuerbaren Energien zu tätigen, statt gutes Geld schlechten Werken nachzuwerfen.

Es ist technisch kein Problem, Mühleberg sauber zu ersetzen, aber manche Elektrizitätswerke und ihre Vertreter/innen im Parlament haben offensichtlich Mühe damit, dass dezentrale Produzenten nun selber kostengünstigen Strom auf Hausdächern, Garagen oder Ställen erzeugen und dass den Grosskraftwerken Marktanteile verloren gehen.

Die Frage der Stromtarife ist also auch eine Frage der Gerechtigkeit. Es darf nicht sein, dass die Kleinkunden als einzige für Fehlentscheide den Kopf hinhalten müssen, während das Aktionariat und die Konzernleitung, welche diese Fehler zu verantworten haben, nicht zur Kostendeckung beitragen. Wir bitten die EICom deshalb, die gebundenen Kundinnen und Kunden vor den Kostenfolgen dieses Missmanagements zu schützen.

Die Industriellen Werke Basel (IWB) und das Elektrizitätswerk Zürich (EWZ) beliefern ihre gebundenen Kunden im Mittel 2 bis 3 Rp/kWh kostengünstiger als die BKW. Die Unterschiede sind deshalb bemerkenswert, weil die BKW zusammen mit diesen Stadtwerken eine grosse Anzahl von Kraftwerken gemeinsam betreibt (z.B. Kraftwerke Oberhasli).

Würde man das KKM nun schliessen,

- liessen sich die gebundenen Kundinnen und Kunden vermehrt mit der kostengünstigen Wasserkraft versorgen;
- könnte die BKW bei den Grosskunden vermehrt auf die Beschaffung vom Markt zurückgreifen. Es entstünde eine Beschaffung, die billiger wäre als heute.
- stünden mehr Mittel zur Verfügung in kostengünstigere erneuerbare Energien, denn Windenergie und Solarenergie sind heute – über die volle Lebensdauer gerechnet – billiger als die Lebensverlängerung von alten Atomkraftwerken.

Daraus lässt sich ersehen: Der Weiterbetrieb von Mühleberg verteuert die Preise unnötig. Mühleberg ist das Gegenteil einer Goldgrube, es ist eine Belastung geworden für die BKW und damit für den Kanton Bern. Und die Altlasten lassen sich schneller tilgen, wenn das Werk möglichst rasch geschlossen wird.